

Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Postfachkonto: Dresden 1539
Groszstraße Nr. 52.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Gröbenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Nr. 170.

Donnerabend, 24. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile 60 Pfennig (6 Widen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Beilagen, aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostzeistraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Druckerei: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Poincaré und die deutsche Entwaflung.

Die Rückkehr des ingrinnigsten Häupters Deutschlands unter den französischen Politikern von Bedeutung an die Stelle, die er vor nunmehr nahezu drei Jahren unter dem erleichterten Aufsehen vor allem der im Weltkrieg unterlegenen Staaten bezieht, hat im Rahmen der allgemeinen Erörterung der außenpolitischen Aussichten Deutschlands ihre ganz besondere Bedeutung schon für die allernächste Entwicklung der deutschen Entwaflungsfrage. Der Streit um die deutsche Entwaflung ist ja bekanntlich trotz der Zufriedenheitsklärung der Völkervertragskonferenz über den Stand der deutschen Abwaffnung gelegentlich unserer Aufmerksamkeit in den Völkervertrag vor kurzem von neuem durch die beiden Reden der J. M. S. R. an das Auswärtige Amt und an das Reichswehrministerium, die sich vornehmlich mit der Art des Oberkommandos der Reichswehr befassen, ins Rollen gekommen. Hatte man beim Zustandekommen einer neuen Regierung der Mitte in Frankreich ziemlich unerbötlich erwarten dürfen, daß sich die durch die Hinigkeit des Generals Walch entstandenen Schwierigkeiten ohne weitere Reibungen in absehbarer Zeit beseitigen lassen würden, so ist diese Hoffnung durch die Regierungsübernahme Poincarés, wenn man die Dinge ohne alle Beschönigung heißt, schlagartig auf ein Minimum zurückgesunken. Als Politiker vorgeschrittenen Alters und eines durch seine ganze Laufbahn hindurch nachdrücklich verfolgten deutsch-feindlichen Kurles wird Poincaré auch in der Entwaflungsfrage, die von jeher sein besonderes Studienfeld bedeutete, seine Ansichten in den vergangenen beiden Jahren nicht wesentlich geändert haben. Sollte es ihm gelingen, den Eindruck fortgeschrittenen Verständnisses für die Verhandlungen, die sich auch auf diesem Gebiete seit dem Sommer 1924 vollzogen haben, zu erwecken, so wird darin doch nicht mehr als eine Höflichkeit, als ein Mandat oberflächlicher Anpassungstakt zu erblicken sein, in dessen Hintergrund jedoch noch immer der Geist des Hasses und Neids und des namenlosen Furors vor einem sich kräftigenden, ebensowohl zum Segen und Raubschlag auszuholenden Deutschland auftrug. Poincaré wird die Entwaflungsfrage, deren Betonung erkränkerweise in der Zeit seiner politischen Ruhe an Schwere verloren hatte, wieder zu einem wichtigen, heiß umstrittenen Problem machen. Er wird sie in sein Programm, das unentwegt auf das Ziel zielt, die Deutschlands Kriegseligenschaft und Tributpflichtigkeit bis zur absoluten Schwachspaltung Frankreichs auszuscheiden, insofern einzufügen wissen, als er sie zum Kompensationsobjekt zur Erreichung höchstmöglicher deutscher Leistungen machen wird. Entwaflungsvereinfachungen, französisch-alliierte Jugendaufstellungen in sehr leicht löslich aufzuwerfenden Kräfteleistungen werden es für Deutschland fortan nur nach Maßgabe gesteigerter deutscher Willfähigkeit, sich in irgendwelcher Form an der französischen Sanierung zu beteiligen, geben.

Daß dieser Gedanke für die Haltung Poincarés gegenüber der deutschen Entwaflungsfrage charakteristisch ist, kann schon deshalb nicht bezweifelt werden, weil gerade in den Tagen der Poincaréschen Amtsübernahme in dieser Hinsicht ganz überraschende Vorgänge der Öffentlichkeit aus Paris Duell zur Kenntnis kamen. Die allfällige Kritik, denen die erwähnten Entwaflungsforderungen des Generals Walch und seine unerkennbare Tendenz, den Chef der deutschen Reichswehr von seinem Posten zu verdrängen, nicht nur in Deutschland und England, auch in Frankreich begegnet war, machte es außerordentlich wahrscheinlich, daß diese ganz im Sinne Poincarés liegenden Vorgehens letzten Endes doch wirksamlos verpuffen würden. Somit brauchen die französischen Entwaflungsbedenken einen neuen Gegenstand des Vorwurfs von dem eine nachhaltige Wirkung auf Deutschland zu erhoffen war. Und siehe da, am Tage nach dem Amtsantritt Poincarés brachte denn auch die Pariser Boulevardpresse eine Notiz, in der von einer neuen „Kantanten“ Verletzung des Friedensvertrages durch Deutschland die Rede war. Es wurde mitgeteilt, daß die J. M. S. R. jedoch in der Gegend von Königsberg erhebliche vertragswidrige militärische Verteidigungsmaßnahmen ergriffen habe. In der Königsberger Umgegend seien 55 besetzte Unterstände vorgefunden worden, die angeblich zur Aufnahme von Infanterie in Ernstvolle bestimmt wären. Die wirkliche Zahl dieser Fortifikationswerke läge noch nicht fest. Natürlich fehlte in diesen Mitteilungen auch nicht der Hinweis, daß sich die Völkervertragskonferenz mit dieser sehr ernsten Verletzung Deutschlands demnachst eingehend befassen werden müsse. Man wird nicht festgeben, in diesem neuen Vorstoß einen ersten Versuch der Poincaréschen Regierung zur Ausbreitung der Abrüstungsfrage in der angegebenen Richtung zu erblicken. Weitere Kläden werden vermutlich nicht lange auf sich warten lassen und immer deutlicher erkennen, daß der französische Ministerpräsident nicht gewillt ist, das sehr bequeme Mittel, Deutschland durch den fortgesetzten Vorwurf von Verletzungen gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags am Gängelband zu halten und für Konzeptionen auf anderen Gebieten, vornehmlich wirtschaftlicher Natur, gelockt zu machen. In dieser Situation wird es für Deutschland gut sein, sich rechtzeitig die Möglichkeiten, Poincarés Pläne zu durchkreuzen, zu vergegenwärtigen.

Die Gelegenheit für entsprechende Schritte dürfte augenblicklich nicht ungünstig sein. Vor einigen Tagen hat bekanntlich der englische Außenminister auf Anfrage im Unterhause die Erklärung abgegeben, der Grad der deutschen Entwaflung könne die alliierten Mächte noch nicht gänzlich befriedigen. Obwohl diese Erklärung durch ein amtliches Kommuniqué tags darauf wesentlich abgeschwächt wurde, in dem als die einzigen Verletzungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage nur jene bestimmten vier Punkte, die das Kriegsmaterial, die Stellung Seeflotten, die deutsche Heeresstärke und die angeblich vorhandene deutsche Reservearmee betreffen, genannt wurden, kann doch die auffällige Neuerung Comberfains von deutscher Seite keineswegs als reflexiv befriedigend hingenommen werden. Es dürfte sich also empfehlen, Downingstreet über die angeführten Unterprobleme baldmöglichst aufzuklären, die Unhaltbarkeit der Ausführungen des englischen Außenministers sachlich darzulegen und damit zugleich den Erfolg zu erzielen, daß die Ueberhandnahme des rein französischen, des Poincaréschen Einflusses auf die deutsche Abrüstungsangelegenheit unmöglich gemacht wird. Ist England deutscherseits in die Entwaflungsdebatte hineingezogen worden, so wird es undenkbar sein, daß Poincaré auf diesem Gebiete nach Gutdünken künftig schaltet und waltet. Notwendig wird natürlich sein, wenn eine derartige diplomatische Aktion zu dem unvollständigen Ziele eines gesteigerten englischen Interesses an der Abmildung der Abrüstungsfragen führen soll, daß das Auswärtige Amt mit zünftiger Beschleunigung ans Werk geht und neben der unmittelbaren Verantwortung der Boten der J. M. S. R. sofortige Verbindung mit London sucht. Eine Unternehmung der Wichtigkeit dieser Maßnahmen würde sich deshalb bitter rächen, weil die Poincarésche Regierung ganz zweifellos überseits den beschleunigten Versuch machen wird, sich gegen irgendwelche Zugeständnisse von England den beherrschenden Einfluß auf die deutsche Entwaflung zu erhalten.

Keine politischen Ferien.

zu. Berlin. Nachdem Reichskanzler Dr. Marx sich am Mittwoch in seinen Urlaub begeben hat, tritt am kommenden Montag auch der Reichsernährungsminister Dr. Gadow seine Sommerreise an. In den nächsten Wochen werden nur wenige Minister in Berlin anwesend sein und die Politik überwochen. Zu ihnen gehört in erster Linie der Reichsfinanzminister Dr. Brüning und der Reichsjustizminister Dr. Brüning, deren Ressorts durch die Erörterungen über die Erwerbslosenfrage und das Arbeitsbeschaffungsprogramm sowie über verfassungsmäßige Fragen fast in Anspruch genommen sind. Bis zur Rückkehr des Gesamtstabes weites soll der neue Entwurf des Arbeitsgesetzes mit den Fürkennzeichen, nach Möglichkeit auch das neue Wahlgesetz und das Reichsbeschleunigungsgesetz sein. Außerdem hat sich Dr. Brüning die Aufgabe gestellt, die Ausführungsbestimmungen zu einigen Paragraphen der Reichsbeschleunigung, über die Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind, anzuarbeiten zu lassen. Der Reichsfinanzminister, der soeben von einer Reise nach den Ueberseesammungen zurückgekehrt ist, hat die Aufgabe, die produktive Erwerbslosenfrage, aber die zwischen der Regierung und den Ländern ein Ueberkommen nach den zweitägigen Verhandlungen am Donnerstag und Freitag abgeschlossen worden ist, zu finanzieren. Vor allem hat er die Auslegung der beschleunigten 200-Millionen-Kasse anzubereiten. In Regierungskreisen hat man die Hoffnung, die Kasse trotz mancher Schwierigkeiten unterbringen zu können, wenn man eine gute Verzinsung der bereitgestellten Gelder vornimmt.

Enquête-Ausschuß und Landwirtschaftliche Erzeugung.

zu. Berlin. Der II. Untersuchungsausschuß für Landwirtschaft des Wirtschaftsausschusses hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der Dr. Frey Wabe-Berlin, von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Erzeugung, über die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebsformen und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität berichtete. Er betonte, daß die landwirtschaftlichen Möglichkeiten sich in verschiedenen Gebieten noch wesentlich steigern ließen, wenn die Vorbedingungen dazu erkannt und dargestellt werden könnten. Er bemängelte, daß die landwirtschaftliche Statistik in der Nachkriegszeit nicht zuverlässig gewesen ist und verlangte, daß der Enquête-Ausschuß die in ihr enthaltenen Fehler nachprüfen lasse. Zwei Millionen Hektar Ackerfläche seien in der Reichsstatistik der Nachkriegszeit einfach nicht erfasst. Die preussische Statistik sei genauer; sie umfasse 1918 13,4 Millionen und 1925 13,1 Millionen Hektar. Auch die Biffen, die über den ungenügenden Rückgang der Ernterträge pro Hektar Auskunft geben, bedürften der Nachprüfung. Alle Kenner und Kritiker der Agrarstatistik sollten sich zusammenschließen, um die Fehlerquellen in der Statistik zu beseitigen. Wie es mit der Erzeugung der Erträge in Deutschland aussehe, gehe a. D. daraus hervor, daß im ganzen preussischen Staat 1925 durchschnittlich 133 Doppelzentner Kartoffeln pro Hektar geerntet wurden, während man 1913 168 Doppelzentner erzielte, ein Rückgang also von zehn Prozent, der namentlich bei den Großbetrieben bemerkbar ist.

während Kleinbetriebe vielfach Steigerungen aufweisen. Die anderen Länder sollten die Statistik in derselben Weise wie Preußen vervollständigen. Der Kraftmittelverbrauch ließe sich noch wesentlich steigern.

Der Verbrauch von Mehlkörnern verteilte sich pro Hektar ganz verschieden; eine Durchschnittsziffer liege hier zwischen fünfzehn und vierzig Kilo. Von 1913 bis 1921 ist eine Zunahme des Kornverbrauchs, namentlich in den Kleinbetrieben zu verzeichnen, während die Gebiete der Großbetriebe in dieser Beziehung stabil geblieben sind. Der Strohverbrauch sei ganz gewaltig gestiegen, und zwar liege die Verteilung ähnlich wie beim Korn.

Der Redner schlug vor, daß die Agrarstatistik des Statistischen Reichsamts hart ausgebaut werde und empfahl Verbesserung und größere Verbreitung des landwirtschaftlichen Unterrichts und Beratungswesens. Ausgabe der Enquête sei es, festzustellen, was ist und was geleistet werden könnte, damit der Unterschied zwischen diesen beiden Momenten immer kleiner werde.

Ueber landwirtschaftliche Betriebsformen referierte Professor Hans-Königsberg. Im norddeutschen Küstengebiet sei die Feldgraswirtschaft hart zurückgegangen und durchsetzt mit der Fruchtwechselwirtschaft. In Schlesien sei die Fruchtwechselwirtschaft hart ausgebreitet. Im Westen herrsche die Dreifelderwirtschaft vor. Genauer naturwissenschaftliches Material gebe es jedoch nicht. Bei der Dreifelderwirtschaft habe die Unternehmung einen Raubbau in der Ausnützung des Bodens und des Nährstoffzuges wegen zu geringer Kunstdüngerzufuhr erlitten; die Feldgraswirtschaft leide an zu harter Zufuhr von Phosphorsäure und Kali und ungenügender Zufuhr von Stickstoff, die Fruchtwechselwirtschaft an zu harter Zufuhr an Phosphorsäure und einem größeren Minus an Stickstoff bei angemessener Verwendung von Kali. Der Enquête-Ausschuß müsse diese Verhältnisse nachprüfen, um zeigen zu können, wie zur Rationalisierung des Betriebes ankommen ist.

Nachdem Herr v. Demit (W. d. N.) dem Referenten Dr. Wabe noch vorgehalten hatte, daß man bei der Bestimmung der Landhängerverwendung in Groß- und Kleinbetrieben auch die psychologischen und klimatischen Momente beachten müsse, wurde die Sitzung geschlossen.

Internationale Sitzung für den Frank?

aus London wird gemeldet, daß der amerikanische Schatzsekretär Mellon und der Bankier Morgan nach Frankreich gereist sind, und daß sie mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich sofort zusammentreffen werden. Es scheint als ob dieser Besuch der Amerikaner mit einer neuen Stützungsaktion für den Frank zusammenhängt. Offenbar bereitet Frankreich sich langsam darauf vor, trotz aller Widerstände den Franken doch mit ausländischer Hilfe zu stabilisieren, was um so auffallender wäre, als Poincaré sich bisher stets auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Währung ohne in Anspruchnahme fremder Hilfe gerettet werden soll. Die Aussichten Poincarés werden, falls er sich doch auf Auslandskredite stützen sollte, erheblich wachsen, es fragt sich nur, ob das französische Parlament damit einverstanden sein wird. Wir haben bereits des Oeffteren darauf hingewiesen, daß die Ordnung der französischen Währungsverhältnisse ohne Beteiligung des Auslandes kaum möglich sein wird. Die Stabilisierung des französischen Franken ist nicht nur eine französische, sondern auch eine internationale Angelegenheit.

Fremdenfeindliche Kundgebungen in Paris.

Paris. Gestern abend ist es auf den Boulevards an den Abfahrtsstellen der Auto-Cars, die Nachtrundfahrten in Paris mit Ausländern veranstalten, zu feindlichen Kundgebungen gekommen. Die Auto-Cars wurden mit Hufen und Pfeifen empfangen. Der Ordnungsdienst mußte eingreifen, um die Menge zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Paris nahmen an Ausdehnung zu. In mehreren größeren Restaurants wurde Ausländern die Bedienung verweigert. Andere folgern ihre Rechte sprunghaft. Von einem großen Teil der Zeitungen wird dieser Feldzug gegen die „Parasiten“ unterstützt.

Zum Verbot der „Roten Fahne“.

zu. Berlin. Anlässlich des von der Reichsregierung wegen Verletzung des Reichspräsidenten erfolgten und auf Verlangen des Reichspräsidenten erfolgten Verbot des Berliner kommunikativen Organs, der „Roten Fahne“, sowie des aus dem gleichen Anlaß erfolgten und auf drei Monate bemessenen Verbots der kommunikativen Zeitschrift „Der Knüttel“ waren Gerüchte über einen neuen Konflikt zwischen Preußen und dem Reich ausgebreitet. Wie hierzu von unrichtiger Seite berichtet wird, kann von einem Konflikt gar keine Rede sein. Es besteht lediglich eine rein reformmäßige Meinungsverschiedenheit. Nach dem Republik-Ausgesetz kann ein Zeitungsverbot von der Reichsregierung bei der Landesregierung angeregt werden. Gibt die Landesregierung dem nicht statt, oder hat sie eine abweichende Auffassung, so muß die Sache dem Staatsgerichtshof unterbreitet werden. Das Verbot tritt jedoch sofort ein. Nebenbei liegen die Dinge im Falle der „Roten Fahne“.

Ein Kabinettsstück bayrischer Braunkunst ist Würzburger Hofbräu. Man verlange Vertreter: Rich. Schwade es überall. Riesa a. Elbe. Fernruf 49.